



## **Änderung des Gesetzes über die Veröffentlichung der Erlasse und das Amtsblatt des Kantons Zug (Publikationsgesetz, PubIG-ZG)**

Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission  
vom 19. Februar 2026

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die vorberatende Kommission des Kantonsrats betreffend Änderung des Gesetzes über die Veröffentlichung der Erlasse und das Amtsblatt des Kantons Zug (Publikationsgesetz, PubIG-ZG) vom 29. Januar 1981 (BGS 152.3) hat die Vorlage des Regierungsrats vom 9. September 2025 (Nr. 3994.1 - 18334 und Nr. 3994.2 - 18335) in drei Sitzungen vom 24. November 2025, 10. Dezember 2025 und 19. Februar 2026 beraten und verabschiedet. Landammann Andreas Hostettler vertrat das Geschäft aus Sicht der Regierung. Er wurde von Tobias Moser, Land-schreiber, und Peter Giss, Leiter Rechtsdienst Staatskanzlei, unterstützt. Das Protokoll führte Christa Hegglin, Obfelden.

Unseren Bericht gliedern wir wie folgt:

1. Ausgangslage
2. Eckpunkte der Vorlage
3. Eintretensdebatte
4. Detailberatung
5. Finanzielle Auswirkungen
6. Schlussabstimmung
7. Erledigterklärung eines parlamentarischen Vorstosses
8. Anträge

### **1. Ausgangslage**

Emil Schweizer und Esther Monney sowie 16 Mitunterzeichnende reichten am 7. August 2023 das Postulat betreffend Wiedereinführung eines gedruckten Amtsblatts mit Marktblatt ein (Vorlage Nr. 3602.1 - 17390). Der Regierungsrat wurde eingeladen, eine öffentliche Ausschreibung zu machen zur Suche eines Unternehmens, welches ein Papier-Amtsblatt mit Marktblatt herausgibt, verbunden mit der Möglichkeit, dass Gemeinden, Vereine und Non-Profit-Organisationen kostenlos Veranstaltungen publizieren können.

Der Kantonsrat überwies den Vorstoss am 31. August 2023 zu Bericht und Antrag an den Regierungsrat und verkürzte die Frist zur Behandlung des Postulats von zwölf auf zwei Monate (§ 45 Abs. 3 Satz 2 des Kantonsratsbeschlusses über die Geschäftsordnung des Kantonsrats [GO KR] vom 28. August 2014 [BGS 141.1]).

Der Regierungsrat stellte in seinem Bericht und Antrag vom 24. Oktober 2023 (Vorlage Nr. 3602.2 - 17468) den Antrag, das Postulat sei nicht erheblich zu erklären. Der Kantonsrat hat demgegenüber das Postulat in seiner Sitzung vom 1. Dezember 2023 mit 54 zu 19 Stimmen teilerheblich erklärt (Protokollziffer 335, S. 824). Die Teilerheblicherklärung bedeutet im konkreten Fall, dass nach dem Willen des Kantonsrats eine öffentliche Ausschreibung für ein P-Amtsblatt mit nichtamtlichem Anzeigenteil («Marktblatt») gemacht werden soll, wobei dem

Kanton dadurch – und im Unterschied zum Wortlaut des Postulats – auch Kosten entstehen dürfen (Protokollziffer 335, S. 821 – 824). In der Folge stellte der Regierungsrat in seinem Bericht und Antrag vom 4. Juni 2024 (Vorlage Nr. 3602.3 - 17723) den Antrag, das teilerheblich erklärte Postulat sei als erledigt abzuschreiben. Der Kantonsrat hat daraufhin in seiner Sitzung vom 29. August 2024 mit 37 zu 26 Stimmen bei einer Enthaltung beschlossen, das Postulat nicht als erledigt abzuschreiben (Protokollziffer 673, S. 1596).

Der Regierungsrat hat aufgrund der Debatten und Abstimmungen im Kantonsrat zur Kenntnis genommen, dass sich eine Mehrheit im Kantonsrat mit der aktuellen Ausgestaltung des P-Amtsblatts nicht zufriedengibt und stattdessen eine öffentliche Ausschreibung für die Publikation eines P-Amtsblatts wünscht, das nebst dem amtlichen Teil auch einen nichtamtlichen Anzeigenteil («Marktblatt») enthält.

Der Regierungsrat legte dem Kantonsrat in der Folge zwecks Umsetzung des Postulats eine Vorlage zur Änderung des Publikationsgesetzes vom 9. September 2025 vor (Vorlagen Nr. 3994.1 - 18334 und Nr. 3994.2 - 18335).

## **2. Eckpunkte der Vorlage**

An der ersten Kommissionssitzung hat der Landschreiber der Kommission noch vor der Eintretensdebatte die Eckpunkte dieser Vorlage wie folgt erläutert:

### **2.1. Umsetzung des teilerheblich erklärten Postulats**

Mit der Revisionsvorlage werden die rechtlichen Grundlagen für die zwingende Ausschreibung eines P-Amtsblatts mit einem amtlichen und einem nichtamtlichen Anzeigenteil («Marktblatt») geschaffen. Die bisherige «Kann-Bestimmung» (§ 7b Abs. 5 PubIG-ZG) wird so geändert, dass das P-Amtsblatt im Grundsatz nebst dem amtlichen Teil einen nichtamtlichen Anzeigenteil («Marktblatt») enthält, sofern nach Massgabe der submissionsrechtlichen Vorschriften die Publikation des P-Amtsblatts in diesem Umfang durch Vertrag Dritten übertragen werden kann. Sofern ein Vertrag zwecks Publikation des P-Amtsblatts mit amtlichem Teil und nichtamtlichem Anzeigenteil («Marktblatt») durch Dritte nicht zustande kommt, enthält das P-Amtsblatt einzig den amtlichen Teil (§ 7b Abs. 5a PubIG-ZG).

### **2.2. Abonnementsystem eines gedruckten Amtsblatts (P-Amtsblatt)**

Sofern ein Vertrag zwecks Publikation des P-Amtsblatts mit amtlichem Teil und nichtamtlichem Anzeigenteil («Marktblatt») oder nur mit amtlichem Teil durch Dritte zustande kommt, ist es dem Dritten überlassen, das Abonnement entweder entgeltlich oder unentgeltlich anzubieten. Die Abonnementpreise sollen vom Regierungsrat genehmigt werden.

### **2.3. Vergaberechtliche Fragen**

Aufgrund der geänderten bzw. neuen Bestimmungen im PubIG-ZG wird die öffentliche Ausschreibung – sofern eine freihändige Vergabe nicht möglich ist – gegebenenfalls gestaffelt erfolgen müssen:

- erste öffentliche Ausschreibung für die Publikation eines P-Amtsblatts mit amtlichem Teil und nichtamtlichem Anzeigenteil («Marktblatt»); und nachgelagert gegebenenfalls
- zweite öffentliche Ausschreibung für die Publikation eines P-Amtsblatts nur mit amtlichem Teil und ohne nichtamtlichen Anzeigenteil («Marktblatt»).

Die gestaffelte öffentliche Ausschreibung ist der bedingt zwingenden Norm geschuldet, gemäss der ein P-Amtsblatt mit amtlichem Teil und nichtamtlichem Anzeigenteil («Marktblatt») nur dann realisiert wird, sofern nach der ersten öffentlichen Ausschreibung die Publikation des P-Amtsblatts in diesem Umfang durch Vertrag Dritten übertragen werden kann.

#### 2.4. Verlängerung des aktuellen Vertrags mit der Multicolor Print AG

Damit das aktuelle P-Amtsblatt nahtlos zum neuen P-Amtsblatt erscheinen kann, muss der Regierungsrat den bis Ende 2026 befristeten Vertrag mit der Multicolor Print AG verlängern. Da sich der neue Anbieter organisieren können muss und weil je nachdem zwei Ausschreibungen erforderlich sind, muss die Verlängerung voraussichtlich um zwei Jahre erfolgen. Aus rechtlichen bzw. vertraglichen Gründen darf der Regierungsrat seine Verlängerungsoption nur einmal ausüben.

#### 2.5. Vertragssituation

Ein Kommissionsmitglied macht darauf aufmerksam, dass sich die Multicolor Print AG in Liquidation befinde, was die Frage aufwerfe, wie es sich unter diesen Umständen mit den vertraglichen Abmachungen verhalte, die zwischen der Multicolor Print AG und dem Kanton bestehen. Der Landschreiber bestätigte, dass sich die Multicolor Print AG in Liquidation befinde, aber weiterhin produziere. In der Folge liess der Landschreiber der Kommission ein Schreiben der galledia group ag vom 13. Januar 2026 zukommen. In diesem Schreiben wird im Wesentlichen bestätigt, dass die freiwillige Liquidation der Aktiengesellschaft «Multicolor Print AG» durch die galledia group ag aus buchhalterischen Gründen erfolge. Der Geschäftsstandort in Baar mit über 60 Mitarbeitenden sowie die Marke Multicolor Print bleibe bestehen. Sämtliche Verträge von Multicolor Print AG werden vorbehaltlos auf die Galledia Print AG übertragen und ohne Einschränkung erfüllt. Die beiden Unterzeichnenden sind gemäss Handelsregistereintrag je kollektiv zu zweien unterschreibungsberechtigte Personen der galledia group ag.

### 3. Eintretensdebatte

Die Notwendigkeit eines Amtsblatts mit einem nichtamtlichen Anzeigenteil («Marktblatt») wird unterschiedlich beurteilt. Sie wird teilweise bezweifelt, weil es heutzutage genügend andere Möglichkeiten gibt, Anzeigen zu schalten. Andere halten dafür, dass es durchaus einem privaten und wirtschaftlichen Bedürfnis entspricht, in einem derartigen Amtsblatt niederschwellig inserieren zu können und damit eine grosse Reichweite zu erzielen. Zudem mache sich der Kanton mit einem gedruckten Amtsblatt mit nichtamtlichem Anzeigenteil («Marktblatt») wieder sichtbarer und schaffe damit ein gesellschaftsverbindendes Instrument.

→ Die Kommission beschliesst mit 14 zu 1 Stimmen und ohne Enthaltung, auf die Vorlage einzutreten.

### 4. Detailberatung

#### 4.1. Vorbemerkung

Im Verlauf der Beratung hat sich gezeigt, dass einerseits die Systematik der einzelnen Bestimmungen im Vergleich zur Vorlage des Regierungsrats (Nr. 3994.2 - 18335) Veränderungen erfährt (vgl. nachfolgend Ziff. 4.7.) und andererseits über den regierungsrätlichen Antrag hinaus weitere Änderungen beantragt werden (vgl. nachfolgend Ziff. 4.3., Ziff. 4.5. und Ziff. 4.6.). Nachfolgend handelt der Bericht die einzelnen Bestimmungen in chronologischer Reihenfolge

ab. Am Schluss des Berichts findet sich zwecks Veranschaulichung ein Anhang betreffend «Bezug des P-Amtsblatts».

#### 4.2. Titel und Ingress (geändert)

Die ausführliche Zitierweise der Kantonsverfassung im Ingress ist üblich; die Anpassung hat rein redaktionellen Charakter.

→ Die Kommission stimmt diesen Anpassungen stillschweigend zu.

#### 4.3. § 7b Abs. 4a (neu)

Acht Kommissionsmitglieder stellen den **Antrag**, dass Vereine mit Sitz im Kanton Zug im amtlichen Teil des Amtsblatts des Kantons Zug unentgeltlich Mitteilungen zu Veranstaltungen inserieren können.

Die Kommission berät in der Folge den Umfang einer solchen Regelung. Es wird diskutiert, ob Vereine mit Sitz im Kanton Zug im amtlichen Teil des Amtsblatts nur dann inserieren dürfen sollen, wenn sie weder wirtschaftliche Zwecke noch eine Gewinnorientierung verfolgen. Einige Kommissionsmitglieder möchten auf eine solche Einschränkung verzichten. Es wird argumentiert, dass es gewinnorientierte Vereine gebe, die für die Bevölkerung hervorragende Arbeit leisten. Unter diesem Gesichtspunkt wäre es heikel, wenn solche Vereine nicht inserieren dürften. Andere Kommissionsmitglieder wollen indessen nicht, dass gewinnorientierte Vereine, welche wirtschaftliche Zwecke verfolgen, im amtlichen Teil des Amtsblatts inserieren können. Solche Vereine verfügten über finanzielle Mittel für Inserate (Werbebudget). Es sei vielmehr an lokale Musik- oder Turnvereine und dergleichen zu denken, die etwa ihre Veranstaltungen oder ihr Jahresprogramm inserieren. Ebenso wenig wünscht sich die Kommission im amtlichen Teil des Amtsblatts «Mitteilungen» aller Art, so etwa Parolen von politischen Parteien und Gruppierungen, und das selbst dann nicht, wenn diese als Vereine organisiert sind. Deshalb erachtet man die Formulierung «Mitteilungen zu Veranstaltungen» als geeignet. Mit diesem Wortlaut soll – wie gesagt – gewährleistet werden, dass nicht unzählige Mitteilungen aller Art publiziert werden, die nicht in Zusammenhang mit einer Vereinsveranstaltung stehen. Weiter soll die entsprechende Bestimmung festhalten, dass die «Mitteilungen zu Veranstaltungen» im amtlichen Teil des Amtsblatts in einer «nichtamtlichen Rubrik» inseriert werden. Die «nichtamtliche Rubrik» im amtlichen Teil des Amtsblatts grenzt sich rechtlich von einem allfälligen nichtamtlichen Anzeigenteil («Marktblatt») im gedruckten Amtsblatt ab. Während letzteres nur zustande kommt, wenn nach Massgabe der submissionsrechtlichen Vorschriften die Publikation des gedruckten Amtsblatts Dritten übertragen werden kann, so soll das Inserieren von «Mitteilungen zu Veranstaltungen» im amtlichen Teil in einer nichtamtlichen Rubrik unabhängig von einem Amtsblatt mit nichtamtlichem Anzeigenteil («Marktblatt») ermöglicht werden. Eine nichtamtliche Rubrik im amtlichen Teil des Amtsblatts kann gemäss Abklärungen der Staatskanzlei beim SECO entsprechend eingerichtet werden. Den inhaltlichen Umfang von «Mitteilungen zu Veranstaltungen» (Anzahl Zeilen) wird der jeweilige Anbieter definieren müssen. Folglich sollen die Vereine die Inserate («Mitteilungen zu Veranstaltungen») direkt beim Hersteller bzw. Drucker in Auftrag geben (vgl. dazu nachfolgend auch Ziff. 4.6.).

→ Die Kommission spricht sich mit 11 zu 3 Stimmen und ohne Enthaltung für eine Einschränkung betreffend wirtschaftliche Zwecke und Gewinnorientierung aus.

→ Die Kommission stimmt einem § 7b Abs. 4a (neu) mit 14 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung zu.

→ Die Kommission beschliesst überdies mit 13 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung, dass die Vereine die Inserate («Mitteilungen zu Veranstaltungen») direkt beim Hersteller bzw. Drucker in Auftrag geben.

Die Kommission will an dieser Stelle ausdrücklich festhalten, dass mit dieser Regelung den besagten Vereinen ein niederschwelliger Zugang zu einer kostenlosen Inseratenmöglichkeit im amtlichen Teil des Amtsblatts eröffnet werden soll, und zwar unabhängig davon, ob ein Vertrag zwecks Publikation des P-Amtsblatts mit amtlichem Teil und nichtamtlichem Anzeigenteil («Marktblatt») oder nur mit amtlichem Teil durch Dritte zustande kommt oder nicht.

Diese neue Bestimmung erfordert zusätzlich je eine Änderung in § 7b Abs. 7 und § 7b Abs. 8 (vgl. dazu nachfolgend Ziff. 4.5. und Ziff. 4.6.).

#### 4.4. § 7b Abs. 5 (geändert) und § 7b Abs. 5a (neu)

In der Kommission wird diskutiert, wie wahrscheinlich es sei, eine Unternehmerin für die Herstellung eines Amtsblatts mit nichtamtlichem Anzeigenteil («Marktblatt») zu finden. Man gibt zu bedenken, dass ein Marktblatt zuerst aufgebaut werden muss, beispielsweise durch einen Verlag, der eine Zeitung herausgibt und Inserate doppelt verkaufen kann. Bezüglich des Drucks des Amtsblatts zeigt man sich zuversichtlich, hierfür ein Unternehmen zu finden. Die Kommission spricht sich mehrheitlich dafür aus, dass – sofern sich eine Unternehmung findet – ein gedrucktes Amtsblatt mit nichtamtlichem Anzeigenteil («Marktblatt») hergestellt werden muss, wobei die einen Kommissionsmitglieder nach wie vor der Meinung sind, dass die derzeitige «Kann-Bestimmung» in § 7b Abs. 5 hierzu ausreichend ist, während andere betonen, dass die «Kann-Bestimmung» durch eine zwingende Norm ersetzt werden muss. Zu letzterem Punkt wird von einem Kommissionsmitglied eingeräumt, dass der Gesetzgeber bei der letztmaligen Revision des Publikationsgesetzes seinen Willen offenbar zu wenig deutlich zum Ausdruck gebracht hatte. Deshalb spricht sich die Kommission dafür aus, dass dem Regierungsrat im Sinne der regierungsrätlichen Vorlage ein klarer Auftrag zu erteilen ist, eine entsprechende Ausschreibung vorzunehmen. Unbestritten ist, dass das gedruckte Amtsblatt weiterhin nur den amtlichen Teil enthält, sofern ein Vertrag mit einem Dritten nicht zustande kommt. Einige Kommissionsmitglieder sind der Meinung, dass die Herausgabe eines Amtsblatts mit Marktblatt keine staatliche Aufgabe darstelle, weshalb es keiner Gesetzesänderung bedürfe. Demgegenüber wird wiederholt auf den hohen Stellenwert des gedruckten Amtsblatts in der Zuger Bevölkerung hingewiesen und betont, dass denjenigen Bürgerinnen und Bürgern, die sich mit dem elektronischen Amtsblatt nicht zurechtfinden, ein einfacher Zugang ermöglicht werden muss. Die jetzige Lösung, gemäss der das gedruckte Amtsblatt einzig durch Abholen an den Schaltern der Staatskanzlei, des Staatsarchivs und der Einwohnergemeinden erhältlich ist, wird als unbefriedigend, weil nicht bürgerfreundlich betrachtet. Man spricht sich stattdessen für eine Abonnementslösung aus.

→ Die Kommission stimmt § 7b Abs. 5 (geändert) und § 7b Abs. 5a (neu) als integraler Bestandteil von § 7b Abs. 5 (geändert) mit 13 zu 2 Stimmen und ohne Enthaltung zu.

#### 4.5. § 7b Abs. 7 (geändert)

Aufgrund von § 7b Abs. 4a (neu) (vgl. vorstehend Ziff. 4.3.) bedarf es einer Anpassung von § 7b Abs. 7, die wie folgt lauten soll:

Wer die Veröffentlichung von Erlassen und, amtlichen Texten und Mitteilungen von Veranstaltungen von Vereinen mit Sitz im Kanton Zug, die weder wirtschaftliche Zwecke noch eine

Gewinnorientierung verfolgen, im Amtsblatt veranlasst, ist für den Inhalt der Veröffentlichung verantwortlich.

→ Die Kommission stimmt dieser Anpassung stillschweigend zu.

#### 4.6. § 7b Abs. 8 (geändert)

Aufgrund von § 7b Abs. 4a (neu) (vgl. vorstehend Ziff. 4.3.) bedarf es zudem einer Anpassung von § 7b Abs. 8, die wie folgt lauten soll:

Die Verordnung bezeichnet die für die Veröffentlichung von Erlassen ~~und~~ amtlichen Texten und Mitteilungen zu Veranstaltungen von Vereinen mit Sitz im Kanton Zug, die weder wirtschaftliche Zwecke noch eine Gewinnorientierung verfolgen, zuständigen, mit öffentlichen Aufgaben betrauten Stellen (Meldestellen).

→ Die Kommission stimmt dieser Anpassung stillschweigend zu.

→ Die Kommission beschliesst überdies mit 14 zu 0 Stimmen und ohne Enthaltung, dass die Gemeinden nicht als Meldestellen für Mitteilungen zu Veranstaltungen von Vereinen bezeichnet werden sollen.

Stattdessen soll im Rahmen der Ausschreibung die Herstellerin bzw. der Hersteller des gedruckten Amtsblatts als Meldestelle verpflichtet werden. Dies wird eine entsprechende Änderung der Amtsblattverordnung (BGS 152.31) zur Folge haben.

#### 4.7. § 7d Abs. **1a** (neu), § 7d Abs. **1b** (neu) § 7d Abs. **1c** (neu)

Die Kommission hat § 7d Abs. **2a** (neu), § 7d Abs. **2b** (neu) und § 7d Abs. **2c** (neu) gemäss regierungsrätlichem Antrag (Vorlage Nr. 3994.2 – 18335) aus gesetzessystematischen Gründen neu wie folgt bezeichnet: § 7d Abs. **1a** (neu), § 7d Abs. **1b** (neu) § 7d Abs. **1c** (neu).

Betreffend § 7d Abs. **1a** (neu) stellt ein Kommissionsmitglied zudem den **Antrag (1)**, dass das gedruckte Amtsblatt mit amtlichem Teil bei der Staatskanzlei mit einem Abonnement **unentgeltlich** bezogen werden kann, sofern ein Vertrag zwecks Publikation des P-Amtsblatts mit amtlichem Teil und nichtamtlichem Anzeigenteil («Marktblatt») oder nur mit amtlichem Teil durch Dritte nicht zustande kommt; dies im Unterschied zum regierungsrätlichen Antrag (Vorlage Nr. 3994.2 – 18335), gemäss dem ein solches Abonnement **entgeltlich** ist. Unabhängig von einem unentgeltlichen Abonnement soll das gedruckte Amtsblatt weiterhin gratis an den Schaltern der Staatskanzlei, des Staatsarchivs und der Einwohnergemeinden bezogen werden können (§ 7d Abs. 2).

Gegenüber dem Antrag 1 stellt ein Kommissionsmitglied den **Antrag (2)**, dass das gedruckte Amtsblatt mit oder ohne Marktblatt im Abonnement im Jahr 100 Franken pro Jahr kosten soll. Für die Papier-, Druck- und Portokosten soll man etwas bezahlen müssen. Wenn eine Anbieterin/ein Anbieter das Amtsblatt mit Marktblatt günstiger anbieten kann, dann verschafft er sich mit diesem attraktiven Produkt einen Vorteil. Das jetzige Amtsblatt werde auf teurem Papier gedruckt und sei somit kein kostenbewusstes Produkt. Dem Kanton entstünden für das Amtsblatt Ohnehin-Kosten. Diese Kosten können verlagert werden, künftig soll man weder bei der Staatskanzlei noch bei der Gemeindekanzlei ein kostenloses Amtsblatt mehr abholen können. Es soll dann für alle 100 Franken pro Jahr kosten. Demzufolge wäre § 7d Abs. 2 aufzuheben.

→ Die Kommission lehnt den Antrag 2 gegenüber dem Antrag 1 mit 8 zu 1 Stimmen bei 6 Enthaltungen ab.

→ Die Kommission stimmt dem Antrag 1 betreffend § 7d Abs. **1a** (neu) gegenüber dem regierungsrätlichen Antrag (Vorlage Nr. 3994.2 – 18335: § 7d Abs. **2a** [neu]) mit 8 zu 7 Stimmen und ohne Enthaltung zu.

→ Die Kommission stimmt betreffend § 7d Abs. **1b** (neu) und § 7d Abs. **1c** (neu) dem regierungsrätlichen Antrag (Vorlage Nr. 3994.2 – 18335: § 7d Abs. **2b** [neu] und § 7d Abs. **2c** [neu]) stillschweigend zu.

#### 4.8. § 7d Abs. 2 (geändert)

Die Regelung, gemäss der das gedruckte Amtsblatt gratis an den Schaltern der Staatskanzlei, des Staatsarchivs und der Einwohnergemeinden bezogen werden kann, soll dahingehen präzisiert werden, dass dies unabhängig davon möglich ist, ob das gedruckte Amtsblatt einzig einen amtlichen Teil oder zusätzlich einen nichtamtlichen Anzeigenteil («Marktblatt») enthält.

→ Die Kommission stimmt dieser Anpassung – als Konsequenz zur Zustimmung von Antrag 1 betreffend § 7d Abs. **1a** (neu; vgl. vorstehend Ziff. 4.7.) – stillschweigend zu.

#### 4.9. § 7d Abs. 2a (neu) und § 7d Abs. 2b (neu)

Sofern die Publikation des gedruckten Amtsblatts durch Vertrag Dritten übertragen und das Abonnement entgeltlich ist, soll die oder der Dritte dem Kanton die Exemplare in Rechnung stellen, die der Kanton und die Einwohnergemeinden an seinen Schaltern auflegt (§ 7d Abs. 2a [neu]). Aktuell werden insgesamt 355 Exemplare aufgelegt. Eine Dritte/ein Dritter soll dem Kanton die aufzulegenden Exemplare somit nur dann in Rechnung stellen können, wenn das Abonnement für das gedruckte Amtsblatt der/des Dritten entgeltlich ist. Dabei soll es dem Kanton überlassen werden, die Modalitäten betreffend Rechnungstellung mit der Unternehmerin/dem Unternehmer auszuhandeln. Wenn das Abonnement für das gedruckte Amtsblatt der/des Dritten hingegen unentgeltlich ist, dann können dem Kanton folglich auch keine Kosten in Rechnung gestellt werden. In diesem Fall können die Staatskanzlei und das Staatsarchiv sowie die Einwohnergemeinden das gedruckte Amtsblatt wie Private unentgeltlich abonnieren und nach Bedarf auflegen. Schliesslich soll es der Staatskanzlei aufgrund ihrer in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen obliegen, die Anzahl der aufzulegenden Exemplare zu bestimmen (§ 7d Abs. 2b [neu]).

→ Die Kommission stimmt den entsprechenden Bestimmungen stillschweigend zu.

#### 4.10. § 7d Abs. 3 (aufgehoben)

Gemäss regierungsrätlichem Antrag (Vorlage Nr. 3994.2 – 18335) bezeichnet der Regierungsrat die Behörden, Amts- und weiteren Stellen, denen das gedruckte Amtsblatt unentgeltlich zugestellt wird. Nachdem zunächst ein Antrag eines Kommissionsmitglieds, gemäss dem das Wort «unentgeltlich» durch «entgeltlich» zu ersetzen sei, mit 14 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen wird, kommt die Kommission letztlich zum Schluss, dass von einer Amtsstelle erwartet werden darf, dass sie den digitalen Zugriff auf das Amtsblatt nutzt und § 7d Abs. 3 folglich aufzuheben sei.

→ Die Kommission stimmt einer Aufhebung von § 7d Abs. 3 stillschweigend zu.

#### 4.11. Publikations- und Inkraftsetzungsklausel (geändert)

Im Unterschied zum regierungsrätlichen Antrag (Vorlage Nr. 3994.2 – 18335) soll das Inkrafttreten dieser Gesetzesänderung nicht im Sinne von § 8 Abs. 1 PublG-ZG «am Tage nach der Veröffentlichung im Amtsblatt» in Kraft treten, sondern soll der Regierungsrat das Inkrafttreten bestimmen. Es gilt, die Gesetzesänderung mit der Anpassung der Amtsblattverordnung und der vergaberechtlichen Ausschreibung aufeinander abzustimmen.

→ Die Kommission stimmt dieser Anpassung stillschweigend zu.

#### 4.12. Weitere Anträge

Ein Kommissionsmitglied stellt den Antrag, dass im Publikationsgesetz die Begriffe «E-Amtsblatt» und «P-Amtsblatt» ausgeschrieben werden («elektronisches Amtsblatt» und «gedrucktes Amtsblatt»). Demgegenüber wird darauf hingewiesen, dass in § 7 Abs. 1 die entsprechende Legaldefinition enthalten ist.

→ Die Kommission lehnt den Antrag mit 10 zu 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.

Ein Kommissionsmitglied stellt den Antrag, dass das Umschlagblatt des gedruckten Amtsblatts wieder blau sein soll. Abgesehen vom anderen Papier verursache das für den Drucker keinen zusätzlichen Aufwand.

→ Der Antrag erhält 7 Stimmen, bei 7 Gegenstimmen bei 1 Enthaltung. Der Präsident entscheidet mit Stichentscheid und lehnt den Antrag ab.

### 5. Finanzielle Auswirkungen

#### 5.1. Finanzielle Auswirkungen auf den Kanton

Ein zusätzlicher **Personalaufwand** für die Staatskanzlei fällt nur an, sofern § 7d Abs. 1a (neu) greift. Diese Bestimmung lautet wie folgt: «Das P-Amtsblatt mit amtlichem Teil kann bei der Staatskanzlei mit einem Abonnement unentgeltlich bezogen werden, sofern ein Vertrag zwecks Publikation des P-Amtsblatts mit amtlichem Teil und nichtamtlichem Anzeigenteil («Marktblatt») oder nur mit amtlichem Teil durch Dritte **nicht** zustande kommt.» In diesem Fall wird der Personalaufwand für die Staatskanzlei aufgrund der neuen Dienstleistungen steigen; dieser Personalaufwand wird schätzungsweise ein zusätzliches Pensum von 0,15 Personaleinheiten (15 Stellenprozente), d.h. 13'500 Franken, verursachen (Betreuung der Kundschaft, Koordination mit der Herstellerin des P-Amtsblatts etc.). Der **Sachaufwand** für die Herstellung des E-Amtsblatts und des P-Amtsblatts dürfte im vorgenannten Fall (§ 7d Abs. 1a [neu]) grosso modo gleich hoch bleiben wie bisher. Für den Vertrieb des P-Amtsblatts (Abonnement bei Staatskanzlei; § 7d Abs. 1a [neu]) ist mit einem Mehraufwand für Verpackung und Porti in der Höhe von 42'992 Franken zu rechnen (Annahme: 950 Abonnements Schweiz mit abonniertem Zustellung AZA (Zustellung am Folgetag der Produktion A-Post), 30 Abonnements Europa und 20 Abonnements Übrige Länder mit abonniertem Zustellung Press PRIORITY (Zustellung in 2–8 Werktagen, abhängig von Aufgabezeit, Aufgabeort und Bestimmungsort. Preise gültig ab 1. Januar 2026)).



<b>A</b>	<b>Investitionsrechnung</b>	<b>2026</b>	<b>2027</b>	<b>2028</b>	<b>2029</b>
1.	Gemäss Budget oder Finanzplan: bereits geplante Ausgaben				
	bereits geplante Einnahmen				
2.	Gemäss vorliegendem Antrag: effektive Ausgaben				
	effektive Einnahmen				
<b>B</b>	<b>Erfolgsrechnung (nur Abschreibungen auf Investitionen)</b>				
3.	Gemäss Budget oder Finanzplan: bereits geplante Abschreibungen				
4.	Gemäss vorliegendem Antrag: effektive Abschreibungen				
<b>C</b>	<b>Erfolgsrechnung (ohne Abschreibungen auf Investitionen)</b>				
5.	Gemäss Budget oder Finanzplan: bereits geplanter Aufwand				292 000.00
	bereits geplanter Ertrag				
6.	Gemäss vorliegendem Antrag: effektiver Aufwand				348 492.00
	effektiver Ertrag				

## 5.2. Finanzielle Auswirkungen auf die Gemeinden

Diese Vorlage hat keine finanziellen Auswirkungen auf die Gemeinden.

## 5.3. Anpassungen von Leistungsaufträgen

Diese Vorlage hat keine Anpassungen von Leistungsaufträgen zur Folge.

## 6. Schlussabstimmung

Die Kommission stimmt der Vorlage mit den beschlossenen Änderungen mit 14 : 1 Stimmen und ohne Enthaltung zu.

## 7. Erledigterklärung eines parlamentarischen Vorstosses

Die Kommission beschliesst mit 12 : 3 Stimmen und ohne Enthaltung dem Kantonsrat zu beantragen, das teilerheblich erklärte Postulat betreffend Wiedereinführung eines gedruckten Amtsblatts mit Marktblatt (Vorlage Nr. 3602.1 - 17390) nicht als erledigt abzuschreiben.

## 8. Anträge

Die vorberatende Kommission beantragt dem Kantonsrat:

1. mit 14 zu 1 Stimmen und ohne Enthaltung auf die Vorlage Nr. 3994.2 - 18335 einzutreten;
2. mit 14 zu 1 Stimmen und ohne Enthaltung der Vorlage in der Fassung der vorberatenden Kommission zuzustimmen;
3. mit 12 zu 3 Stimmen und ohne Enthaltung das Postulat betreffend Wiedereinführung eines gedruckten Amtsblatts mit Marktblatt (Vorlage Nr. 3602.1 - 17390) nicht als erledigt abzuschreiben.

Zug, 19. Februar 2026

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Im Namen der vorberatenden Kommission

Der Präsident: Jeffrey Illi

Beilage:

- Dreispaltige Synopse

**Kommissionsmitglieder:**

Illi Jeffrey, Präsident, Hünenberg  
Andermatt Urs, Baar  
Arnold Jost, Unterägeri  
Bürgler Karl, Baar  
Franzini Luzian, Zug  
Grob Erich, Cham  
Hausheer Martin, Steinhausen  
Iten Beat, Unterägeri  
Maurenbrecher Eva, Hünenberg  
Michel Fabienne, Cham  
Monney Eshter, Unterägeri  
Mösch Jean Luc, Cham  
Röösli Patrick, Zug  
Schweizer Emil, Neuheim  
Straub Vroni, Zug

**ANHANG**

Stand: März 2026

